[Kommunen, Sport und Ehrenamt]

I. Der funktionierende Staat fängt auf kommunaler Ebene an.

Wir wollen, dass unsere Kommunen auch in Zukunft lebenswert und leistungsfähig sind. Allerdings ist die Lage der Kommunen ernst und spitzt sich finanziell zu. Insbesondere die Ausgaben für Personal, Bürokratie und Soziales treiben ihr Defizit an – sie steigen deutlich schneller als die Investitionsausgaben. Die Kommunen brauchen Handlungsperspektiven – sowohl finanziell als auch im Hinblick auf die Umsetzungsfähigkeit der ihnen übertragenen Aufgaben. Wir werden die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Kommunen verbessern. Kommunalpolitik muss schneller, einfacher und unbürokratischer werden können. Das Vertrauen in den Staat und der gesellschaftliche Zusammenhalt werden gestärkt, wenn die Funktionsfähigkeit der Kommunen gewährleistet ist. Mit einem Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen werden wir die finanzielle Handlungsfähigkeit stärken und eine umfassende Aufgaben- und Kostenkritik vornehmen.

II. Zentrale Maßnahmen und konkrete Verabredungen

Wir orientieren uns am Grundsatz der Veranlassungskonnexität – „Wer bestellt, bezahlt“, das gilt auch für Verwaltungs- und Personalaufwände. Wer eine Leistung veranlasst oder ausweitet, muss für ihre Finanzierung aufkommen. Das heißt, wenn Bundesgesetze oder andere Maßnahmen des Bundes bei den Ländern und Kommunen zu Mehrausgaben oder Mindereinnahmen führen, muss sichergestellt werden, dass die Mittel bei der ausführenden Ebene ankommen.

Es braucht eine grundsätzliche und systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen jenseits von Förderprogrammen. Wir wollen eine Verstetigung und Verlässlichkeit der kommunalen Einnahmen und mehr kommunale finanzielle Autonomie und Gestaltungsmöglichkeiten. Im Falle einer Weiterentwicklung der Gewerbesteuer sichern wir die Einnahmen der Kommunen.

Wir wollen eine deutliche Entlastung der Kommunen erreichen und werden gemeinsam mit den Ländern und in Abstimmung mit den Kommunen Lösungen erarbeiten, um die Ausgabendynamik zu durchbrechen. Dabei werden wir auch Verwaltungsverfahren verbessern, um Bürokratie abzubauen und kommunale Kosten zu senken. Es bedarf eines Monitorings unter Einbeziehung der Kommunalen Spitzenverbände zur Anpassung der Standards, auch im Hinblick auf Überregulierung und zeitgemäße Umsetzbarkeit. Wo sinnvoll und möglich, wollen wir mehr Flexibilität und Spielräume vor Ort schaffen, ohne das gesetzgeberische Ziel zu konterkarieren. Die Unterstützung von Schulen durch multiprofessionelle Teams stärkt die individuelle Förderung des einzelnen Kindes und damit den Schulerfolg. Individuelle Leistungen der Sozialgesetzbücher, die der Förderung in der Schule dienen, werden wir für die Zusammenfassung zu pauschalierten und strukturierten Unterstützungsleistungen an Schulen öffnen (Pooling). Zudem werden wir im Angehörigen-Entlastungsgesetz eine Beweislastumkehr beim Einkommensnachweis einführen. Wir werden keine neuen Aufgaben, Standards und Rechtspflichten auf die Kommunen übertragen.

Wir evaluieren und konzentrieren die kommunale Förderprogrammstruktur und optimieren sie mit Blick auf Ziel und Wirkung. Wir vereinfachen die Beantragung und Umsetzung, reduzieren die Nachweispflicht und ermöglichen den vorzeitigen Maßnahmenbeginn. Dies muss zukünftig komplett digital erfolgen. Wir reduzieren den Kontrollaufwand durch risikoorientierte Stichprobenverfahren. Die dadurch frei werdenden Mittel werden über einen geeigneten Schlüssel innerhalb der bestehenden verfassungsrechtlichen Finanzbezüge direkt an die Kommunen pauschal ausgekehrt.

Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern, um Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben im Bereich Zivil-, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz zu unterstützen. Auf Grundlage des Operationsplans Deutschland sorgen wir im Zusammenspiel mit den Ländern dort für die notwendigen Investitionen und dauerhafte Finanzierung. Zudem stärken wir die Resilienz der Kommunen, indem wir die (Daten-)Sicherheit kritischer Infrastrukturen erhöhen.

Unser gemeinsames Leitbild ist die „sichere Kommune“. Das betrifft auch die Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum. Wir setzen uns für eine Harmonisierung der Sicherheitsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen ein.

Unsere Innenstädte haben eine hohe Lebensqualität. Deshalb gilt es die zunehmenden Leerstände in Innenstädten effektiv anzugehen. Dafür werden wir uns auf europäischer Ebene für die Fortsetzung der Fördergelder aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) analog zu den erfolgreichen Programmen „Resiliente Innenstädte“ und „Perspektive Innenstadt!“ einsetzen.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum verfassungsrechtlichen Auftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu fördern und zu erhalten. Wir stellen die auskömmliche Finanzierung und Absicherung der notwendigen gesundheitlichen Versorgungsstrukturen in der Stadt und auf dem Land sicher. Besonders wichtig ist, dass kurzfristig eine Soforthilfe für versorgungsnotwendige Krankenhäuser als Überbrückung bis zum Inkrafttreten der Krankenhausreform geschaffen wird.

Wir wollen einen zuverlässigen, sicheren, sauberen und digitalisierten ÖPNV mit einer attraktiven Preis- und Tarifgestaltung in Stadt und Land.

Wir beschleunigen sowohl Fachplanungsverfahren als auch die Bauleitplanung. Bauplanungs- und Raumordnungsrecht sind grundlegend zu vereinfachen. Wir erweitern Genehmigungsfiktionen nach Ablauf angemessener Fristen. ~~Das Verbandsklagerecht werden wir auf das rechtlich notwendige Maß einschränken.~~ Das Verbandsklagerecht werden wir bis auf das europarechtliche Mindestmaß absenken und durch Initiativen der Bundesregierung auf eine weitere internationale Reduzierung hinwirken.

Kommunale Unternehmen sind das Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir setzen uns auf EU-Ebene dafür ein, dass sie unter den KMU-Begriff fallen, damit beispielsweise die Nachhaltigkeitsberichtspflicht entfällt. Wir werden dafür sorgen, dass der Netzausbau und der Ausbau der

Erneuerbaren Energien besser aufeinander abgestimmt werden. Bei der kommunalen Wärmeplanung muss von Beginn an die Umsetzbarkeit berücksichtigt werden. Da es um Investitionen über Dekaden geht, brauchen Kommunen und Energieversorger Planungssicherheit.

Wir halten am Ausbauziel für die Ganztagsbetreuung in der Grundschule fest. Bei der Umsetzung vor Ort eröffnen wir den Kommunen mehr Gestaltungsspielräume. Zur Entlastung der Kommunen schaffen wir einen Übergangszeitraum für den Rechtsanspruch bis zum Schuljahr 2028/29. Die dazu notwendigen Investitionsmittel müssen zur Verfügung gestellt werden.

Wir schaffen für kommunale Verwaltungen größere Ermessensspielräume und Experimentierklauseln bei der Umsetzung gesetzlicher Pflichtaufgaben. Bei der Beteiligung der kommunalen Ebene an Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene wollen wir für Vorhaben, die Kommunen betreffen, einen „Praxis-Check" einführen. Dabei muss geprüft werden, ob ein Gesetz hinsichtlich der Ressourcen, Praktikabilität, Verhältnismäßigkeit und Digitalisierung vor Ort umsetzbar ist.

Wir streben eine voll digitalisierte Verwaltung an. Ein digitales Bürgerkonto soll den Zugang zu Behördendienstleistungen erleichtern. Dazu harmonisieren alle staatlichen Ebenen ihre Verfahrensabläufe. Wir ermöglichen die vollständige digitale Beibringung von Unterlagen und Willenserklärungen grundsätzlich ohne persönliches Erscheinen.

Wir wollen die europäische Freizügigkeit in den Arbeitsmarkt schützen. Die Zuwanderung in Sozialversicherungssysteme werden wir beenden, da sonst die Integrationskapazität in den Kommunen überlastet wird. Um den besonderen Problemlagen im Zusammenhang mit dieser Form der Zuwanderung begegnen zu können, werden wir den automatisierten behördlichen Datenaustausch ausweiten und hinsichtlich maroder Immobilien die bereits bestehenden Modernisierungs- und Instandsetzungsgebote ausweiten. Beschäftigungsverhältnisse, die der Ausbeutung von Menschen in diesem Zusammenhang dienen, werden wir zurückdrängen. Ob Integration von Zugewanderten gelingt, entscheidet sich in den Kommunen. Gerade in den vergangenen Jahren ist Erhebliches für ein friedliches Zusammenleben und zur Vermittlung unserer Werte geleistet worden. Im Interesse der Kommunen muss die Migration geordnet und gesteuert und die irreguläre Migration zurückgedrängt werden. Gleichzeitig werden weitere Anstrengungen im Integrationsbereich erforderlich sein. Bewährt hat es sich, wenn Angebote zur Integration gebündelt werden.

<u>Sport</u>

Sport soll Spaß und Lust auf Leistung machen. Er hält gesund, vermittelt Werte und gibt unserer Gesellschaft den nötigen Zusammenhalt. Er hat eine enorme Bedeutung für Integration und Inklusion ebenso wie für Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation. Deshalb wollen wir ihn mit zielgerichteten Maßnahmen stärken – in der Spitze und in der Breite. Wir treten entschieden gegen Doping, Manipulation sowie jede Form von Gewalt und Missbrauch ein. Für uns steht Sport für Fairness, Integrität und Miteinander.

Wir unterstützen nachdrücklich unter der Wahrung der Autonomie des Sports eine deutsche Bewerbung für die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele und befürworten insbesondere hinsichtlich der Auswahl der Wettkampfstätten, die Spiele zu einem Fest für ganz Deutschland zu machen. Die Bewerbung wird eingebettet in die „Nationale Strategie Sportgroßveranstaltungen“, die gemeinsam mit den Sportverbänden fortgesetzt wird. Ziel ist die ausreichende finanzielle Unterstützung von Sportgroßveranstaltungen wie beispielsweise der World Games in Karlsruhe 2029 sowie die Unterstützung von Bewerbungen, u.a. für die Leichtathletik-Weltmeisterschaften, Nordische Ski-Weltmeisterschaften sowie die Frauenfußball-EM. Den Organisationskostenzuschuss des Bundes werden wir daher erhöhen.

Die Spitzensportförderung benötigt einen Paradigmenwechsel, um Deutschland als Sportnation international wieder wettbewerbsfähiger zu machen. Wir werden die Förderung effizienter, flexibler und weniger bürokratisch gestalten und zielen dabei auf eine Professionalisierung, Externalisierung und eine stärkere Digitalisierung. Dabei orientieren wir uns an den bereits eingeleiteten Prozessen, tragen der Hoheit des Haushaltsgesetzgebers Rechnung und richten eine effektive und erfolgsorientierte Steuerung des Spitzensports ein. Bestandteile der Reform sollen die Verbesserung von Rahmenbedingungen der Athletinnen und Athleten durch eine verbesserte soziale Absicherung und die Unterstützung der dualen Karriere sowie eine wettbewerbsfähige Struktur der Olympia- und Bundesstützpunkte sein. Die international erfolgreichen Sportfördergruppen von Bundeswehr, Bundespolizei und Zoll dienen als Vorbild und sollen ausgebaut werden. Wir werden die Prämien für gewonnene Medaillen steuerrechtlich freistellen.

„Jugend trainiert für Olympia & Paralympics“ und die Bundesjugendspiele sind wichtige Institutionen, um Kinder und Jugendliche für den Leistungssport zu begeistern und an den Wettbewerbsgedanken heranzuführen.

Der Trainerberuf muss attraktiver werden. Wir wollen die gut ausgebildeten Trainerinnen und Trainer in Deutschland halten. Wir stoßen daher eine „Traineroffensive“ an, die eine klar verbesserte Vergütung sowie deutlich verbesserte arbeitsrechtliche Bedingungen, auch im Hinblick auf die duale Karriere, beinhaltet.

Wir helfen Ländern, Kommunen und Vereinen nach Bedarf bei der Modernisierung und Sanierung von Sportstätten. Dafür stellen wir mindestens eine Milliarde Euro pro Jahr zur Verfügung. Unser Augenmerk liegt auf Sporthallen und Schwimmbädern, ggf. auch mobilen Schwimmcontainern, um die Schwimmfähigkeit der Menschen in unserem Land zu verbessern. Die Schaffung von Barrierefreiheit, Energieeffizienz und die Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit werden hierbei besonders berücksichtigt. Wichtig ist zudem die Prüfung der Sportanlagenlärmschutzverordnung und ggf. deren Anpassung.

Sportliche Spitzenleistung erfordert eine exzellente Sportwissenschaft. Wir werden diese daher stärken und die Institute IAT und FES in die institutionelle Förderung aufnehmen. Darüber hinaus werden wir die Digitalisierung im Leistungssport vorantreiben.
Um Athletinnen im Leistungssport gleiche Chancen zu ermöglichen, erkennen wir ihre Lebensrealitäten an – etwa durch die Verankerung von Mutterschutz sowie die Förderung von geschlechtsspezifischem Training und Forschung. Die Sichtbarkeit des Frauensports wollen wir stärken.
Zu viele Menschen werden durch den Sport nicht erreicht. Daher setzen wir uns für Inklusion ein, damit mehr Menschen Sport treiben können. Wir werden den Behindertensportverband und die Special Olympics weiter unterstützen. Für benachteiligte Familien werden wir den Zugang zu Sportangeboten verbessern.
Wir setzen uns auf allen Ebenen entschieden für einen Sport frei von Belästigung, Gewalt und Missbrauch ein. Deshalb führen wir den Aufbau des Zentrums Safe Sport für den Spitzensport fort und nutzen Synergien für den Breitensport. Es soll ein abgestimmtes Zuständigkeitssystem zwischen dem organisierten Sport und dem Zentrum geben. Ein Bundesprogramm gegen Extremismus und Antisemitismus im Sport wird fortgeführt. Wir unterstützen weiterhin die erfolgreiche Arbeit von Makkabi Deutschland.
Die Opfer des DDR-Zwangsdopings verdienen Unterstützung und benötigen weiterhin unsere Hilfe. Deshalb werden wir das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz so ergänzen, dass es auch die Fälle des systematischen Dopings in der ehemaligen DDR grundsätzlich erfasst.
Wir erkennen die Gemeinnützigkeit des eSports an.
Um die Fankultur weiter zu fördern, wird die „Koordinierungsstelle Fanprojekte“ weiter unterstützt.

[Institutionell stärken wir den Sport, indem wir ihn als Staatsziel ins GG aufnehmen. STRITTIG GESTELLT VON CDU/CSU] [Wir ernennen einen Staatsminister für Sport und Ehrenamt im Bundeskanzleramt. STRITTIG GESTELLT VON SPD]

Ehrenamt:

Unsere Gesellschaft wird vom ehrenamtlichen Engagement getragen. Wir sorgen dafür, dass ehrenamtliches Engagement Freude bereitet und mehr Anerkennung erfährt. Daher schaffen wir einen „Zukunftspakt Ehrenamt“. In diesem werden wir die Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale zu einer „Gemeinwohlpauschale“ zusammenführen und erhöhen. Wir erhöhen ebenso die Freigrenze für den wirtschaftlichen Geschäfts- und Zweckbetrieb, vereinfachen das Datenschutz-, Gemeinnützigkeits-, Vereins- und Zuwendungsrecht und verbessern das Haftungsprivileg.
Wir werden auch Möglichkeiten prüfen, ehrenamtliches Engagement für junge Menschen attraktiver zu machen und die Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt zu verbessern. Für den Freiwilligendienst

und das Freiwillige Soziale Jahr werden wir mehr Stellen und mehr Finanzmittel für ein höheres Taschengeld zur Verfügung stellen. Zudem sollen Vereine als Bildungsort anerkannt werden, so dass Förderungen von Weiterbildungsangeboten für Übungsleiter und Trainer möglich sind.
Wir stärken und schützen ehrenamtliches Engagement. Gerade in herausfordernden Zeiten gilt dies für die Blaulichtfamilie sowie die Vereine und Verbände, die unsere Zivilgesellschaft zusammenhalten. Dazu gehört der weitere Ausbau der erfolgreichen Arbeit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Wir werden den Schutz von Ehrenamtlichen verbessern. Kommunale Amts- und Mandatsträger tragen unseren Staat mit. Deshalb müssen wir sie unterstützen und schützen. [Dazu gehört auch die Fortführung der bundesweiten Ansprechstelle zum Schutz für kommunale Amts- und Mandatsträger. Angriffe auf diejenigen, die uns unter anderem in Freiwilligen Feuerwehren und Rettungsdiensten schützen, werden wir härter bestrafen und die Strafprozesse beschleunigen.] (STREITIG GESTELLT VON CDU/CSU)

IV. Bundesrat

Eine Zustimmungspflicht im Bundesrat besteht für die nachfolgenden Maßnahmen (abhängig von der bundesgesetzlichen Umsetzung):

- Ggf. Weiterentwicklung Gewerbesteuer
- Ausgabendynamik bei Kommunalausgaben durchbrechen
- Zusammenfassung und Pauschalierung von individuellen Leistungen der Sozialgesetzbücher, die der Förderung in der Schule dienen, zu pauschalierten und strukturierten Unterstützungsleistungen (Pooling)
- Beweislastumkehr beim Einkommensnachweis im Angehörigen-Entlastungsgesetz
- Bewältigung von Aufgaben im Bereich Zivil-, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz
- auskömmliche Finanzierung und Absicherung der notwendigen gesundheitlichen Versorgungsstrukturen
- Soforthilfe für versorgungsnotwendige Krankenhäuser
- zuverlässigen, sicheren, sauberen und digitalisierten ÖPNV
- ÖPNV-Tarif- und Preisstruktur
- Bauplanungs- und Raumordnungsrecht grundlegend vereinfachen
- Verbandsklagerecht einschränken
- Gestaltungsspielraum beim Ausbau Ganztagsbetreuung Grundschule
- Bereitstellung notwendiger Investitionsmittel für Ganztagsausbau Grundschule
- bereits bestehende Modernisierungs- und Instandsetzungsgebote (BauGB) ausweiten
- Migration ordnen, steuern und irreguläre Migration zurückdrängen

Folgende Maßnahmen beteiligen den Bundesrat via Einspruchsgesetz: [Aufzählung von Einzelmaßnahmen].

V. Finanzwirksame Maßnahmen

Für den Bundeshaushalt finanzwirksame Mehrkosten/Kostenreduzierungen vorgeschlagener Maßnahmen sind nicht bezifferbar, weil dies letztendlich von der konkreten Umsetzung abhängt.
Im Einzelnen: [Tabellendarstellung nach Maßgabe von Koalitionsverhandlungshandreichung].

In Mio. Euro					
Maßnahme	Ggf. Erläuterung	2025	2026	2027	2028
Zusammenfassung und Pauschalierung von individuellen Leistungen der	Wie viele Leistungsberechtigte nach SGB VIII und SGB IX gab es im Zeitraum 2021-2024 und mit welchem Mittelbedarf pro Betroffenem?	xx.yy	xx.yy	xx.yy	xx.yy

Sozialgesetzbücher, die der Förderung in der Schulen dienen, zu pauschalerten und strukturierten Unterstützungsleistungen (Pooling)					
Beweislastumkehr beim Einkommensnachweis im Angehörigen-Entlastungsgesetz	Wie viele Fälle gibt es, in denen Ämter einen Einkommensnachweis im Zusammenhang mit dem Angehörigen-Entlastungsgesetzt angefragt aber nicht bekommen haben? – Wie hoch wäre bei der Annahme durchschnittlicher Pflegekosten die kommunalen Minderausgaben bei der Beweislastumkehr?	xx.yy	xx.yy	xx.yy	xx.yy
Krankenhaus-Überbrückungshilfe	Wie hoch wäre eine auskömmliche Überbrückungshilfe, die alle prognostizierten Defizite bis zum Inkrafttreten der Krankenhausreform berücksichtigt?				
Kommunale Wärmeplanung	Welche Mittel sind vorgesehen, gebunden und bereits abgeflossen?				
Streckung Rechtsanspruch Ganztagsbetreuung im Grundschulalter	Welche finanziellen Auswirkungen hat es auf die Finanzen der Kommunen und des Bundes, wenn der Rechtsanspruch bei der Ganztagsbetreuung an Grundschulen erst ab dem Schuljahr 2028/29 greift?				
Digitales Bürgerkonto / Harmonisierung von Verfahren aller Ebenen	Was kostet die Einführung eines digitalen Bürgerkontos? Welche finanziellen Auswirkungen hat eine vollständige Harmonisierung der Verfahren?				
Olympiabewerbung	Welche Mittel sind für eine Olympiabewerbung im Haushalt vorgesehen				

	und mit welchem Betrag wird für eine auskömmliche Finanzierung einer solchen Bewerbung gerechnet?				
Bundesbeteiligung Sportgroßveranstaltungen	In welcher Höhe beteiligt sich der Bund bislang an Sportgroßveranstaltungen im Rahmen der nationalen Strategie Sportgroßveranstaltung? Welche Mittel sind für die kommenden Jahre eingeplant?				
Gesamtsumme Organisationskostenzuschuss	In welcher Höhe beteiligt sich der Bund bislang an den Organisationskosten für Sportgroßveranstaltungen? Welche Summe insgesamt wurden im Rahmen des Haushalts im Zeitraum 2021-2024 ausgegeben (Anzahl der Veranstaltungen)?				
Steuerrechtliche Freistellung von Medaillen	Welche Auswirkungen hat die steuerrechtliche Freistellung von bei Sportgroßveranstaltung errungenen Medaillen auf Grundlage der Ergebnisse der letzten zwei Jahre?				
Institutionelle Förderung der Sportinstitute	Welche Beträge erhalten die zwei Sportinstitute IAT und FES pro Jahr?				
Behindertensportverbände	Wie ist die mittelfristige Finanzplanung zur Unterstützung der Behindertensportverbände?				
DDR-Dopingopfer	Wie viele DDR-Dopingopfer gibt es und mit welchem Betrag werden diese aktuell unterstützt?				
Koordinierungsstelle Fanprojekte	Wie wird die Koordinierungsstelle aktuell unterstützt und welche Bedarfe werden/wurden angemeldet?				

Zentrum Safe Sport	Welche Mittel sind für das Zentrum Safe Sport in der im Haushalt (auch Finanzplanung) vorgesehen?				
Zusammenführung Ehrenamt- und Übungsleiterpauschale	Welche finanzielle Auswirkung hätte die Zusammenführung auf Basis des Betrags der Übungsleiterpauschale?				
Erhöhung Freigrenzen für wirtschaftlichen Zweckbetrieb	Welche finanziellen Auswirkungen hat die aktuelle Freigrenze für wirtschaftlichen Zweckbetrieb auf den Bundeshaushalt und wie würde sich eine Anpassung entsprechend Inflationsausgleich auswirken?				
Mehr Stellen und höheres Taschengeld für Freiwilligendienste und FSJ	In welcher Höhe finanziert der Bund derzeit das Taschengeld in Freiwilligendiensten und FSJ? Wie viele Plätze bei Jugendfreiwilligendiensten und Bundesfreiwilligendienste werden aktuell vom Bund finanziert?				
Stiftung Ehrenamt und Engagement	Wie ist die aktuelle Finanzausstattung und welcher Mittelbedarf wird/wurde angemeldet?				
„Starke Stelle“ – Anlaufstelle zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatsträger	Wie ist die aktuelle Finanzausstattung und welcher Mittelbedarf wird/wurde angemeldet?				
Gemeinnützigkeit e-Sport	Welche finanziellen Auswirkungen auf den Bundeshalthalt hat es, wenn eSport zukünftig gemeinnützig ist?				

VI. Schnittstellen und Widersprüche zu anderen Arbeitsgruppen

- AG [16] [Finanzen/Haushalt]: Veranlassungskonnexität
- AG [16.] [Finanzen]: grundsätzliche und systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen
- AG [16] [Finanzen]: Weiterentwicklung der Gewerbesteuer

- AG [5] Arbeit & Soziales: Zusammenfassung und Pauschalierung von individuellen Leistungen der Sozialgesetzbücher, die der Förderung in der Schule dienen, zu pauschalerten und strukturierten Unterstützungsleistungen (Pooling)
- AG [5] Arbeit & Soziales: Beweislastumkehr beim Einkommensnachweis im Angehörigenentlastungsgesetz
- AG [Nr.] [Alle AGen]: keine neuen Aufgaben, Standards und Rechtspflichten auf die Kommunen
- AG [Nr.] Alle AGen: Förderprogrammstruktur evaluieren und konzentrieren
- AG [1] Innen/Recht: Aufgaben im Bereich Zivil-, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz bewältigen
- AG [1] Innen/Recht: Leitbild „sichere Kommune"
- AG [6] Gesundheit: auskömmliche Finanzierung und Absicherung der notwendigen gesundheitlichen Versorgungsstrukturen
- AG [6] Gesundheit: Soforthilfe für versorgungsnotwendige Krankenhäuser
- AG [4] Verkehr: zuverlässigen, sicheren, sauberen und digitalisierten ÖPNV
- AG [4] Bauen: Bauplanungs- und Raumordnungsrecht grundlegend vereinfachen
- AG [1] Innen/Recht: Verbandsklagerecht einschränken
- AG [13] Europa: Stadtwerke in KMU-Definition einbeziehen
- AG [15] Klima & Energie: Netzausbau und Ausbau der Erneuerbaren Energien besser aufeinander abstimmen
- AG [15] Klima & Energie: Kommunale Wärmeplanung
- AG [7] Familie: Gestaltungsspielraum beim Ausbau Ganztagsbetreuung Grundschule
- AG [7] Familie: Übergangszeitraum von 2 Jahren für Rechtsanspruch Ganztagsbetreuung Grundschule
- AG [1] Innen/Recht: größere Ermessensspielräume und Experimentierklauseln für Kommunen bei der Umsetzung gesetzlicher Pflichtaufgaben
- AG [1] Innen/Recht: Praxis-Check bei kommunal relevanten Bundesvorhaben/Gesetzen
- AG [1 / 3] Innen & Digitales: Digitalisierung der Verwaltung / kein pers. Erscheinen und kein Schriftformerfordernis
- AG [1] Innen & Recht: Missbräuchliche Zuwanderung in Sozialsysteme beenden
- AG [4] Bauen: hinsichtlich maroder Immobilien die bereits bestehenden Modernisierungs- und Instandsetzungsgebote ausweiten
- AG [5] Arbeit & Soziales: Beschäftigungsverhältnisse, die der Ausbeutung von Menschen in diesem Zusammenhang dienen, zurückdrängen
- AG [1] Innen: Migration ordnen, steuern und irreguläre Migration zurückdrängen

- AG [1] Innen/Recht: Integrationsangebote bündeln
- AG [16] Haushalt: Olympiabewerbung
- AG [16] Haushalt: Bundesbeteiligung Sportgroßveranstaltungen
- AG [16] Haushalt: Gesamtsumme Organisationskostenzuschuss
- AG [16] Haushalt: Steuerrechtliche Freistellung von Medaillen
- AG [16 / 5] Haushalt & Arbeit/Soziales: Trainervergütung
- AG [16 / 8] Haushalt / Bildung & Forschung: Institutionelle Förderung der Sportinstitute
- AG [16 / 5] Haushalt / Arbeit & Soziales: Behindertensportverband
- AG [16 / 1] Haushalt / Recht: DDR-Dopingopfer
- AG [16 / 1] Haushalt / Innen: Koordinierungsstelle Fanprojekte
- AG [16 / 1 / 5] Haushalt / Innen / Arbeit & Soziales: Zentrum Safe Sport
- AG [16] Haushalt: Zusammenführung Ehrenamt- und Übungsleiterpauschale
- AG [16] Haushalt: Erhöhung Freigrenzen für wirtschaftlichen Zweckbetrieb
- AG [16 / 7] Haushalt / Familie: Mehr Stellen und höheres Taschengeld für Freiwilligendienste und FSJ
- AG [16 / 7] Haushalt / Familie: Stiftung Ehrenamt und Engagement
- AG [16 / 1] Haushalt / Innen & Recht: „Starke Stelle“ – Anlaufstelle zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatsträger